

DER STACHEL

ZEITSCHRIFT DES JUSO-KREISVERBANDES RENDSBURG-ECKERNFÖRDE

26. Jahrgang

Dezember 2009



DER KÖNIG IST TOT! ES LEBE DER KÖNIG!

Vorwort

Weise Worte von Götz
Seite 3

SPD

Change we can believe in?
Seite 4-9

Wahlkampf

Hier kommt Sönke!
Seite 9-12

Nahost-Konflikt

Elena mittendrin
Seite 13/14

Homophobie

Wer nicht wippt ...
Seite 15-19

Viva Mexico

Fanny vor Ort
Seite 20-22

Impressum



Herausgeber:

Juso-Kreisverband
Rendsburg-Eckernförde,
Thomas Stegemann (V.i.S.d.P.),
Kleiner Kuhberg 28-30,
24103 Kiel,
www.jusos-rd-eck.de

Chefredaktion:

Götz Borchert,
(goetz@jusos-rd-eck.de)

Redaktion:

Elena Pieper,
Thomas Stegemann
(stachel@jusos-rd-eck.org)

Layout:

Tobias Seidel
(jusos@tobiaseidel.eu)

Auflage:

800

Druck:

Schreiber Druck,
Feldstraße 7, 24105 Kiel



Fußballer wählen

Schnick, Schnack, Schnuck!
Seite 23

Bild

mir meine Meinung!
Seite 24/25

Regierungsjugend

Allein, allein.
Seite 26/27

Es war einmal

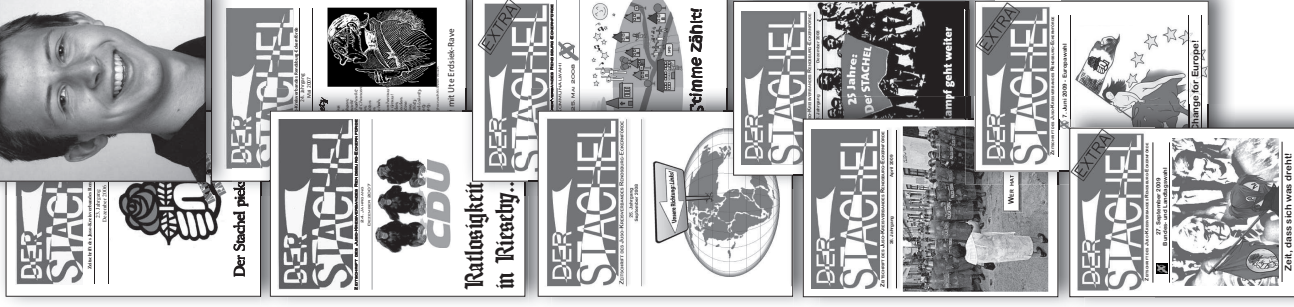
Der rote Jochen
Seite 28/29

Gelesen

Kulturindustrie
Seite 30

Nachgefragt

Wahlkampfmaschine
Seite 31



Liebe Leserinnen und Leser,

kurz vor Weihnachtstagen und Jahreswechsel erscheint eine neue Ausgabe des STACHELS. In dieser Ausgabe blicken wir auf das vergangene Jahr zurück. Natürlich positionieren wir uns aber auch dieses Mal wieder zu zahlreichen weiteren Themen und berichten von unserer Arbeit.

Im Zentrum des politischen Jahres 2009 standen mit Sicherheit auch die Wahlen: Europawahl am 7. Juni und Bundes- und Landtagswahl am 27. September 2009.

Wir gratulieren Ulrike Rodust zum Wiedereinzug in das Europaparlament, Sönke Rix zum erneuten Bundestagsmandat. Es freut uns, dass mit Kai Dolgner ein ehemaliger Juso-Kreisvorsitzender nun Mitglied des schleswig-holsteinischen Landtags ist und Ralf Stegner nicht nur weiterhin Landtagsabgeordneter sondern auch Fraktions- und Parteichef bleibt.

Wir bedauern sehr, dass unserem ehemaligen Kreisvorsitzenden Ulf Daude (über den ihr mehr auf Seite 31 erfahrt) und Martin Klimach-Dreger aus Eckernförde der Einzug in den Landtag leider nicht gelungen ist.

Ein Wort in eigener Sache: Ich selbst werde Anfang 2010 das Amt als Chefredakteur des STACHELS abgeben. Es hat mir große Freude gemacht in den letzten mehr als drei Jahren für sieben reguläre und drei Sonderausgaben des STACHELS maßgeblich verantwortlich zu sein. Natürlich halte ich den Jusos und dem STACHEL aber auch weiterhin die Treue. Ich bedanke mich bei allen, die meine Arbeit als Chefredakteur in den letzten Jahren unterstützt haben: die Autorinnen und Autoren, die ständige, nicht immer leichte Redaktion in Form von Elena Pieper und Thomas Stegemann und natürlich die beiden Layouter Tobias Seidel und Sascha Paetznick.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern schöne Weihnachtstage, einen guten Rutsch ins neue Jahr und wir Jusos freuen uns dann auf ein Wiedersehen 2010!

Mit roten Grüßen,

Götz Borchert

Götz Borchert,
STACHEL-Chefredakteur

Auf den harten Bänken der Opposition ...

Vieles ist bereits in den ersten Tagen und Wochen nach den bitteren Wahlergebnissen vom 27. September 2009 über die zukünftige Rolle der SPD gesagt worden.

Einige VertreterInnen der Presse schrieben mitunter recht hämisch - über die neuerdings eher dünn besiedelten Stuhlreihen im Otto-Wels-Saal, dem Sitzungsraum der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten. In der Partei selbst setzte eine lebhaft via Mitmach-Internet (Web 2.0) und offener Briefe geführte Auseinandersetzung über Ursachen und Konsequenzen der Wahlergebnisse auf Bundes- und Landesebene ein, die bis zum heutigen Tag anhält. Der Verfasser möchte sich in diese Debatte nicht einmischen, sondern mit diesem Beitrag den Blick auf einen Aspekt richten, der in der bisherigen Diskussion (verständlicherweise) noch zu wenig Berücksichtigung findet: die grundsätzlichen Aufgaben und Chancen der Oppositionsfaktionen im politischen System der Bundesrepublik.

Verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt für die Bildung einer parlamentarischen Opposition ist in Deutschland das Demokratieprinzip des Grundgesetzes (Art. 20 Abs. 1, 2), welches sich in weiteren Artikeln des Grundgesetzes

und in der Geschäftsordnung des Bundestages konkretisiert. Zunächst haben alle Oppositionsfaktionen als sichtbares Zeichen ihrer Repräsentation im Parlament gemäß § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundestages das Recht, eine Kandidatin oder



als schärfstes Mittel das Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (Art 93 Abs. 1 Nr. 2 GG).

Und auch die Zusammensetzung der Bundesregierung ist nicht für vier Jahre in Stein

einen Kandidaten für das Präsidium des Deutschen Bundestages zu nominieren. Aber auch im Prozess der Gesetzgebung kann die neue Bundesregierung, getragen von den Abgeordneten der CDU, CSU und FDP, nicht schalten und walten wie sie will. Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen mit totalitären politischen Systemen in Deutschland ist eine Änderung großer Teile des Grundgesetzes nur mit einer Mehrheit von 2/3 der Bundestagsabgeordneten möglich. Da die regierungstragenden Fraktionen in der 17. Wahlperiode über eine solche Mehrheit nicht verfügen, ist im Falle einer Verfassungsänderung die Einbindung der Oppositionsfaktionen zwingend erforderlich.

Weitere klassische Rechte, von

parlamentarischen Rechte der Oppositionsparteien aufgezeigt werden. Nicht berücksichtigt werden konnte in diesem Beitrag das Zusammenspiel von Bundestagsopposition und Länderkammer (Bundesrat) als Kontrollinstanz für die Bundesregierung. Nicht zuletzt in der Folge einer - um es vorsichtig auszudrücken - knap-

pen Mehrheit im Kieler Landtag hat das bürgerliche Lager im Bundesrat noch eine Mehrheit. Ein gutes Abschneiden bei der kommenden Landtagswahl im bevölkerungsreichen Bundesland Nordrhein-Westfalen mit seinen sechs Bundesratsstimmen würde der SPD neue Chancen eröffnen, ihren Einfluss als

Oppositionspartei auszubauen und so neben der zweifelslos notwendigen innerparteilichen Debatte zukünftig auch im parlamentarischen Prozess als wahrnehmbare Alternative zum bürgerlichen Lager in Erscheinung zu treten.

Johann Eggert

Der König ist tot, es lebe der König!

Es roch nach Revolution am 27. September. Nicht eine Revolution, welche Deutschland in ein gerechteres und fortschrittlicheres Land versetzen sollte, sondern eine Revolution, welche die SPD in eine gerechte und fortschrittliche Partei verwandeln sollte. Parteirechte und Agenda-Befürworter versuchten sich kleinlaut als neue Paladine von Rot-Rot zu verkaufen und hofften vom aufgebrachten Basis-Mob verschont zu bleiben. Doch die Revolution frisst schon jetzt ihre Kinder.

Was bisher geschah:

Die Parteielite agierte wie einst der russische Zar und versuchte selbst nach dem katastrophalen Ergebnis am Wahlabend „Weiter so“-Parolen herauszugeben und der niemals beliebten Agenda-Befürworter Steinmeier zum neuen König zu intronisieren. Die Möglichkeit König Münze durch König Steinmeier zu ersetzen sollte die Basis in wahlkampfgewohnte Jubelhysterie versetzen. Doch der Wahlkampf war vor-

bei und die Basis war eigentlich mehr geschockt als entzückt über diese Ankündigung. Sogleich machte sich der Basis-Mob, diesmal vertreten durch den Berliner Landesverband, auf den Weg die ersten Eier auf den Königspalast zu werfen. Rasch also musste die Elite reagieren und präsentierte einen Plan, der in den Medien als Linksruck und Neuaufstellung gewertet wurde. König Münze sollte nun öffentlich mehr oder weniger hingerichtet werden und durch den neuen Bürgerkönig Gabriel ersetzt werden. Sogleich wurde der Basis-Mob noch umschmeichelt und längst bekannte Wahrheiten wurden offen ausgesprochen. Über Rot-Rot darf jetzt doch nachgedacht werden, die Agenda2010 war vielleicht doch nicht so super und die Basis solle mehr Einfluss kriegen. Der Bürgerkönig präsentierte noch seine neuen Hofstaatsmitglieder, welche allesamt recht beliebt beim Basis-Mob sind. War das die Revolution?

Was geschehen wird:

Die Vorgänge der letzten Zeit

Was geschehen muss:

Alles in der SPD muss hinterfragt werden. Das Problem sind doch nicht sinkende Wahlergebnisse, sondern das Sterben der Sozialdemokratie. Die SPD verliert Mitglieder, die SPD verliert den Kontakt zu den Gewerkschaften, die Verzahnung mit ehemaligen Partnerorganisationen (AWO, ASB,

SJD – Die Falken und viele andere) löst sich, kurzum uns droht das Schicksal einer Klempartei, wie es die niederländische Sozialdemokratie vorgemacht hat. Deswegen muss es einen Wandel geben und in diesem Wandel darf nichts heilig sein. Agenda2010, Ortsvereinsstruktur, Rente mit 67, Gestaltungsmöglichkeiten in der SPD, Vorstände etc., einfach alles muss auf Sinn, Funktionalität, Optimierungsbefund und Zukunftsfähigkeit realistisch sind. Die thematischen

doch gerade jenen mehr Platz und Mitbestimmung in der Partei gegeben werden. Gerade weil sich dort die Leute engagieren und ihre Zeit investieren, während sie in manchem Ortsverein nur sitzen, weil sie dort eben sein müssen. Zeit und Engagement zu würdigen, heißt also auch den Arbeitsgemeinschaften die nötigen Mitgestaltungsmöglichkeiten der Partei zu eröffnen. Das würde bei Mitgliederversammlungen kein Problem darstellen, da sich dort



hinterfragt werden. Dafür brauchen wir Zeit und vielleicht wäre für so eine Diskussion nicht diese Inthronisierung eines Bürgerkönigs, sondern eine kopflose SPD das Beste gewesen. Eine Diskussion, welche nicht aus der Bürokratie des WBHs gelenkt wird, könnte den Interessen der Basis und der Menschen dienen und nicht der Ministerial- und WBH-Bürokratie. Es könnte Fortschritt geben.

Was wünschenswert wäre:

Im Rahmen dieser Fragestellung soll dieser Artikel einige Anregungen geben. Die SPD und ihre Anhänger legen viel Wert auf den Charakter der

dann alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften auch mit Wort und Stimmrecht zu Wort melden können und die inhaltlichen Beschlüsse unabhängig von irgendwelchen Orts-Klüngeln vertreten. Dies sind nur Anregungen für eine mögliche Reform der Partei, das Wichtigste bleibt jedoch das eine Diskussion über die Reform der Partei in Gang kommt. Jegliche Kritik an der Partei muss in der momentanen Situation als legitim wahrgenommen werden und darf nicht als „schädigend für den Hofstaat“ angesehen werden.

„Frieden der Basis, Krieg den Parteibonzen!“

Thomas Stegemann

Risiko Schwarz-Gelb

Über vieles ihrer Ziele lässt die neue Regierung uns im Unklaren – wahrscheinlich bis zur Landtagswahl in NRW. Was die Regierung uns sagt, zeigt aber jetzt schon: Schwarz-Gelb bietet keine guten Aussichten. Erst Recht nicht in Bereichen, die für uns junge Menschen wichtig sind.

Zum Beispiel nimmt die Regierung durch den Einstieg in die private Bildungsfinanzierung (Prämien für Bildungssparen, Stipendiensystem für 10 Prozent der Studierenden) Abschied vom Leitbild gebührenfreier Bildung. Begünstigt werden die Kinder der Besserverdiener. Mit dem „Betreuungsgeld“ wird außerdem eine fatale Fehlentscheidung getroffen. Der Schwerpunkt für frühe Förderung in guten Kitas und Kindergärten geht verloren, die Integration von Kindern aus Einwandererfamilien wird erschwert.

Für einen dramatischen Fehler halte ich auch die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Damit wird ein tiefer gesellschaftlicher Konflikt, der eigentlich beigelegt war, ohne Not erneut angeheizt. Die längeren Laufzeiten bergen nicht nur erhebliche Sicherheitsrisiken, sie blockieren auch die weitere Förderung erneuerbarer Energien, denn die Energieversorger verlieren jeglichen Anreiz, auf regenerative Energienquellen zu setzen – ein Rückschritt in die 80er Jahre.

aus. Wichtiger wäre, dass Jugendstrafverfahren schnell durchgeführt und verhängte Strafen schnell vollstreckt würden. Und: Man kann es nicht oft genug betonen: Prävention, Prävention, Prävention!

Ein Streichkonzert droht auch im Kampf gegen Rechtsextremismus: Die Regierung kündigt zwar ein umfassendes Unterstützungsprogramm an, sieht die zentrale Verantwortung aber bei Kitas, Schulen, Einrichtungen der Jugendarbeit und bei den politischen Nachwuchsverbänden. Andere wichtige Akteure, wie bspw. die Jugendverbände lassen sie außen vor. Und: da das Unterstützungsprogramm sich sowohl gegen Rechts- als auch gegen Links- und islamische Extremisten wenden soll, müssen die bereitstehenden Mittel wohl oder übel geteilt werden. Unterm Strich bleibt also weniger Geld für die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Das bedeutet das AUS für die erfolgreichen Programme, die wir mit viel Geld, Sorgfalt, Mühe und Engagement in den letzten Jahren aufgebaut haben.



Schwarz-Gelb will „das Kinder- und Jugendhilfesystem und seine Rechtsgrundlagen im SGB VIII auf Zielgenauigkeit und Effektivität überprüfen“. Das erinnert mich daran, dass die CDU/CSU-Fraktion bereits 2004 das sogenannte Kommunale Entlastungsgesetz geplant hatte, das einen Kahlschlag in der Kinder- und Jugendhilfe bedeutet hätte. Damals konnte die rot-grüne Mehrheit das Gesetz verhindern, aber die Formulierung im Koalitionsvertrag lässt darauf schließen, dass eine Neuaufgabe geplant ist. Und das hieß u.a.: weniger Prävention. Stattdessen setzt die neue Regierung auf eine Verschärfung des Jugendstrafrechts: die Höchststrafe soll von 10 auf 15 Jahre angehoben und ein sogenannter Warnschussarrest eingeführt werden. Ich meine: die Strafen, die das Jugendstrafrecht jetzt bietet, reichen vollkommen

Sönke Rix

Volle Kraft voraus!

Nach den mehr als enttäuschenden Ergebnissen am 27. September muss die SPD auch im Land ihren Kurs finden. Es gilt vernünftig und tief gehend zu analysieren – Schnellschüsse bringen uns nicht weiter.

Spitzenkandidaten stand bei einigen im Mittelpunkt der Wahlanalyse.

Ob das der SPD wirklich hilft und der Situation gerecht wird, wage ich zu bezweifeln. Doch was braucht die SPD jetzt?

Wir brauchen eine tief gehende Analyse des Ergebnisses und eine gemeinsame Diskussion. Anschließend können wir dann die Schlüsseldarstellungen. Der Weg, den der SPD Landesvorstand

zurückgewinnen wollen, und dann gehe ich mal stark aus, dann gilt es nun sich politisch wieder ehrlich zu positionieren und diese Positionen auch gegen Widerstände glaubhaft zu vertreten. Ob dazu auch Personalwechsel nötig sind, sollte aus meiner Sicht die inhaltliche Diskussion zeigen. Wir müssen uns fragen, ob sich die SPD durch Personen oder durch Inhalte definieren möchte. Ersteres erscheint mir leichter und bequemer, entspricht jedoch

nicht meiner Überzeugung.

Die SPD Schleswig-Holstein muss ihre Positionen links, dick-schädelig und frei vertreten und diese auch zukünftig in der Opposition beziehen. Dazu brauchen wir alle, die daran mitwirken wollen. Daran mitzuarbeiten soll aber nicht heißen, Einzelpositionen über die Medien herausposaunen, sondern diese in der innerparteilichen Diskussion zu entwickeln und dann gemeinsam nach außen zu vertreten. In einer

Götz Borchert



Wahlkampf mit dem Sönke Rix-Team

Im vergangenen Wahlkampf zur Bundes- und Landtagswahl am 27. September 2009 waren auch die Jusos Rendsburg-Eckernförde aktiv. Hauptsächlich im „Team Sönke Rix“. Wir haben gekämpft für gleiche Bildungschancen für alle ohne Gebühren, eine moderne Familienpolitik, Energie aus regenerativen Energiequellen ohne Atom, beitragsfreie Kita-Jahre, einen Lohn, von dem man auch leben kann und vieles mehr. Ein kleiner Rückblick:

Aufstieg durch Bildung!

Als Jusos liegt uns das Thema Bildung natürlich besonders am Herzen. Gemeinsam mit Sönke und der SPD wollen wir in den nächsten Wochen verstärkt für Chancengleichheit in der Bildung, mehr Gemeinschaftsschulen und gegen Studiengebühren kämpfen. Wir besuchten daher auch die SPD-Bildungskonferenz im Legienhof (Gewerkschaftshaus) in Kiel. Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, Andrea Nahles und Ralf Stegner haben die Positionen der SPD zum Thema Bildung gut umrissen.

„Bildungspolitik ist die Schlüsselauflage für gute Politik in den kommenden Jahren – vielleicht sogar die Schicksalsfrage.“ Das war sicherlich einer der zentralen Sätze der Veranstaltung, die am heißesten Tag des Jahres stattfand. Trotz des guten Wetters war der Saal jedoch brechend voll und das Interesse ungebrochen.

Wahlkampfauftritt der SPD Rendsburg-Eckernförde

Als die SPD Rendsburg-Eckernförde offiziell in den Wahlkampf startete, fehlte dabei natürlich auch das Team Sönke Rix nicht. Verteilt wurden unter anderem Vorgartenschilder („Wir wählen Sönke Rix!“) und die Sonderausgabe des STACHELS zur Bundes- und Landtagswahl. Das Weiter konnte uns auch an diesem Tag nicht aufhalten. Der Wahlkampfauftritt war absolut gelungen, das Grillfest im Garten von Sönke Rix wie immer ein großes Vergnügen. ...



Beach-Soccer-Erfolge!

Beim Beach-Soccer-Turnier am Eckernförder Strand machte das Sönke-Rix-Team nicht nur den 3. Platz, sondern gewann auch den Fairplaypreis. Dadurch war die Mannschaft auch beim landesweiten Master-Turnier dabei. Das Erfolgsrezept der Mannschaft war klar: Jeder hat gespielt so gut er oder sie konnte und brachte einen unbedingten Siegeswillen mit. Auch beim Turnier der Landesbesten spielte das Team nicht



auf Platz, sondern auf Sieg. Gegen die Profis aus dem ganzen Land hat es dann aber doch noch nicht gereicht.

Das Team will auch in den nächsten Jahren am Turnier teilnehmen.

Frank-Walter Steinmeier in Kiel

Wir besuchten auch die Kundgebung der SPD auf dem Rathausplatz in Kiel. Dort sprachen SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und der SPD-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl Ralf Stegner. Zuvor machte unser



Stegner. Er verriet viel von seinem Leben und skizzierte seine Vorstellungen von seiner Arbeit für Schleswig-Holstein. Auch seine Ehefrau Sybille Stegner stellte sich vor und viele Gäste nutzten die Gelegenheit Fragen an den SPD-Landesvorsitzenden zu stellen.

Der Abend wurde jeweils beendet mit Ralf Stegners Abschlussstatement: Wählen gehen!

TV-Duelle

Das TV-Duell zwischen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat sich das Sönke Rix-Team gemeinsam im "Simply The Best" in Eckernförde angesehen.

Im Rahmen eines Klönschnacks in Flintbek fand ein Public-Viewing des TV-Duells Carstensen gegen Ralf Stegner statt.

Das Duell wurde dann klar zu Gunsten von Ralf Stegner entschieden. Nicht zuletzt hat dieser inhaltlich argumentiert, während Carstensen versuchte genau dieselbe Situation auszuweichen. Ralf Stegner zeigte sich topfit in den Themen und souverän im Auftritt – mit klaren Vorstellungen für die Zukunft Schleswig-Holsteins.

Podiumsdiskussion mit SchülerInnen in Rendsburg

Die Leitfrage "Was ist mein Abitur auf dem Arbeitsmarkt wert?", unter der die Veranstaltung am 11.09. im Hohen Arsenal in Rendsburg stand, wurde letztlich gar nicht richtig gestellt. Denn die meisten der rund 500 Schülerinnen und Schüler, die der Einladung eines privaten Bildungsdienstleisters folgten, interessierten sich in erster Linie für die Schulreformen in Schleswig-Holstein. Kritisch gesehen wurden dabei insbesondere die neue G8-Regelung und die Profilstufe.



Die SPD wurde dabei von Sönke Rix vertreten, die Jusos von mir selbst. Anschließend machten wir einen Info-Stand, bei dem wir mit vielen Schülerinnen und Schülern ins Gespräch kamen.

Anti-Atom-Aktion

Das Sönke Rix-Team hat den Wahlkampf auch genutzt, um in der Innenstadt von Eckernförde auf die Problematik der Endlagerung von Atom Müll aufmerksam zu machen.

Dazu sind wir mit "Atom Müll-Fässern" in Schutzanzügen durch die Stadt gezogen und haben Informationen material verteilt. Leider wollte uns niemand den Müll abnehmen. Auch Schwarz-Gelb haben wir gefragt, aber merkwürdigerweise wollten sie den Müll nicht haben. Für uns steht fest: Am Atomausstieg muss festgehalten werden. Die "Pannemeier" Brunsbüttel und Krümmel müssen abgeschaltet werden.

Der Wahlkampf war durchaus anstrengend, aber auch interessant und anregend. Und es hat Spaß gemacht mit so vielen tollen Leuten unterwegs zu sein. Ich danke allen, die mit dabei waren.

Götz Borchert



Subventionierte Siedlungen

Warum die israelische Siedlungspolitik nicht nur für den Friedensprozess schädlich ist.

Die israelischen Siedlungsaktivitäten in der Westbank werden von ‚Nahost-Experten‘ weltweit als ein Schlüsselproblem im israelisch-palästinensischen Konflikt bezeichnet. Und auch jetzt, während der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu und US-Präsident Barack Obama miteinander feilschen, ob ein Baustopp in den Siedlungen nun für ein halbes oder ein ganzes Jahr gelten soll und ob nun die 23 Außenposten geräumt werden, auf die man sich bereits vor



die innerhalb arabischer Städte existieren (z.B. in Hebron). Wehr- und Grenzdörfer sowie Outposts, die aus Containern oder Zelten bestehen, stellen also nur einen Teil der Siedlungen dar.

Über 120 nach internationalem Recht illegale israelische Siedlungen gibt es im Westjordanland. Hinzu kommen gut 100 Outposts, die auch nach israelischen Recht unzulässig sind. Obwohl sich die israelische Regierung im März 2001 verpflichtete, keine neuen Siedlungen mehr zuzulassen, wurden diese Außenposten nach und nach errichtet – teils mit staatlicher Unterstützung, teils auf Initiative radikaler Siedler. Die meisten Außenposten wurden mittlerweile ausgebaut, ans israelische Wasser- und Stromnetz angeschlossen und somit aufgewertet. Die Problematik, die sich hiermit ergibt, liegt auf der Hand:

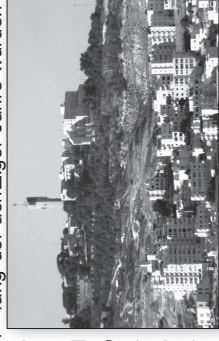
Mit dem Begriff Siedlung wird im allgemeinen Sprachgebrauch ein Ort verbunden, der erst kürzlich etabliert wurde und gewissermaßen ein Provisorium darstellt. Deshalb sind viele überrascht, wenn sie das erste Mal Siedlungen im näheren Umkreis Ost-Jerusalems besuchen. Vorstädte wie Gilo und Ma'ale Adumim haben so überhaupt keinen provisorischen Charakter, sondern sind

Durch den Ausbau der Siedlungen in der Westbank und den damit verbundenen Maßnahmen wie Bewegungshindernissen für die palästinensische Bevölkerung (Checkpoints, Straßensperren, dem Bau von Siedlerstraßen usw.) wird das noch verbliebene Gebiet eines potentiellen palästinensischen Staates immer weiter zersiedelt und die Legitimation israelischer Militärpräsenz zum Schutze der entstandenen Siedlungen geschaffen. Diese Situation dürfte auch durch den neuesten Bericht des Verteidigungsministeriums zum Stand der Siedlungsaktivitäten nicht entschärft worden sein. Demnach hat die Zahl der israelischen Siedler in der Westbank Ende Juni 2009

erstmalig 300.000 überschritten. Im ersten Halbjahr 2009 betrug die Wachstumsrate der dortigen Siedlerbevölkerung 2,3 Prozent. Hinzu kommen weitere etwa 200.000 Israelis, die in dem anekdotischen Ostteil Jerusalems und den dort neu entstandenen Siedlungen leben. Dass Jerusalem sowohl von Israel als auch Palästinensern als Hauptstadt beansprucht wird, erklärt die politische Brisanz dieser Siedlungen. Hier wird im wahrsten Sinne des Wortes um jedes einzelne Haus gekämpft. Insbesondere in den letzten Wochen kam es wieder vermehrt zu so genannten House Demolitions, bei denen in

Sheikh Jarrah, Beit Hanina und anderen Stadtteilen Ostjerusalems palästinensische Familien von israelischen Behörden aus ihren Häusern vertrieben wurden. Vielfach wurden Häuser, die von israelischen Gerichten als ‚illegal‘ beurteilt wurden, mit Bulldozern zerstört, sodass Platz für neue israelische Nachbarschaften entstand. Die vier so genannten Settlement Blocs, die an Ostjerusalem grenzen, sollen dem israelischen Anspruch auf Jerusalem Nachdruck verleihen.

Von der israelischen Regierung wird bezüglich der Siedlungsaktivitäten die Position vertreten, dass die gegenwärtige Bautätigkeit in den Siedlungen nur dem



‚natürlichen Wachstum‘ der Bevölkerung Rechnung trage. Und tatsächlich geht der größte Teil des Zuwachses auf das Konto der von Ultra-Orthodoxen bewohnten Siedlungen, die besonders hohe Geburtenraten aufweisen. Doch weiterhin ziehen auch viele neue Immigranten und Familien aus dem israelischen Kernland in die Siedlungen, angelockt durch die enormen Vergünstigungen, die der Staat den Siedlern gewährt. Gerade die ultra-orthodoxen Familien mit meist vielen Kindern können sich angemessene Wohnungen in Israel kaum mehr leisten, während diese in den besetzten Gebieten günstig zu haben sind. Das Wachstum der Siedlungen, ob ‚natürlich‘ oder nicht, steht also im direkten Zusammenhang mit der Siedlungspolitik des

israelischen Staates. Die meisten Bewohner der Siedlungen sind nicht ideologisch motiviert, sondern leben aus ökonomischen Gründen in diesen Gebieten. Wahrscheinlich würde die überwiegende Mehrheit bei entsprechenden ökonomischen Anreizen in das israelische Kernland zurückkehren. Israelische Organisationen wie Shalom Achshav und B'Tselem, die seit Jahren die Siedlungspolitik kritisieren, werden daher nicht müde zu betonen, dass allein der politische Wille zu einer Lösung des Problems fehle. Und in der Tat hat der Siedlungsbau nicht nur eine geopolitische, sondern auch andere Dimensionen: Seit Anfang der achtziger Jahre wurden

Errichtung illegaler Außenposten, unterhöht das Rechtssystem Israels. Unter den ideologisch motivierten Siedlern entstand die Basis für eine Bewegung, die sich im Zweifelsfall auch gegen die demokratischen Institutionen des israelischen Staates wendet.

Eine Aufgabe der bisherigen israelischen Siedlungspolitik würde sicherlich noch nicht das Ende des Nahost-Konfliktes bedeuten.

Dafür bedarf es nicht nur weiterer Zugeständnisse auf beiden Seiten, sondern auch einer tiefer gehenden ideologischen Umorientierung insbesondere auf der palästinensischen Seite, als dies bislang der Fall ist. Doch ein Ende der Siedlungspolitik würde eines der wesentlichen Hindernisse beseitigen. Vor allem aber würde es eine antidemokratische und nationalistische Bewegung schwächen, unter deren Einfluss die israelische Gesellschaft seit Jahrzehnten leidet.

Kaum thematisiert wird, dass die Siedlungsaktivitäten auch für die

Elena Pieper

Plädoyer für eine bessere Gesellschaft

Stoppt die Homophobie! In der Schule und im Elternhaus, überall!

Viele bilden wir uns ein, dass die Gesellschaft fair und gerecht mit allen ihren Mitgliedern umgeht. Wir ziehen uns in unser Schneckenhaus und blenden dabei das Leid vieler Menschen aus. Dabei möchte ich nicht das materielle Leid vieler Menschen dieser Tage behandeln, sondern das körperliche und psychische Leid das Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Transsexuelle(LGBT), in Folge als Queer-Community bezeichnet durch unsere Schuld ertragen müssen.

Wieso, mögen sich einige Fragen, tragen wir die Schuld an homophoben Gewalttaten und Diskriminierung der Queer-Community in unserer Gesellschaft? Die Antwort kann nicht einfacher ausfallen: Wir als Gesellschaft haben versagt. Homophobie ist ein Teil dieser Gesellschaft und tritt in den unterschiedlichsten Formen auf. Im folgenden Abriss soll ein kurzer Überblick geschaffen werden über die verschiedenen Formen von Homophobie, damit sie besser erkannt und ihnen besser entgegen getreten werden kann.

Homophobie unter Jugendlichen
Wir geben uns als tolerant und aufgeklärte Gesellschaft, doch es wird zu oft geschwiegen, wenn Witze über Schwule und Lesben erzählt werden. Es wird zu oft weggeschaut, wenn Personen



Opfer von homophober Gewalt werden, kurzum es wird ein Klima geschaffen, in dem Homophobie nicht gesellschaftlich geächtet wird. Zunehmend populär, gerade unter Jugendlichen, werden ebenfalls Lieder, welche Hass schüren und zur Gewalt gegen die Queer-Community aufrufen. MitschülerInnen, Eltern und LehrerInnen sind hier aufgefordert zu handeln und solche Aussagen, Texte nicht zu tolerieren, vielfach ist jedoch das Gegenteil der Fall und die homofeindlichen Einstellungen von LehrerInnen, Eltern und MitschülerInnen verstärken diese Texte durch freundliches Grinsen oder Lächeln über solche Texte noch. Jeder muss sich aber im klaren sein, dass hier nicht nur die Würde vieler Menschen angegriffen wird, sondern offen die grundlegendsten Menschenrechte (Das Recht auf Leben, das Recht auf freie Entfaltung) angegriffen werden.

Homophobie unter Linken
Ja selbst unter Linken existiert Homophobie. Dieses

Dieses

Eingeständnis ist für viele, die sich als progressive Jugendorganisation sehen schwer, aber ein reelles Problem. Männerbünde und rechte Organisationen werden und wurden früher oft mit Homosexualität gleichgesetzt. Bis heute findet sich bei vielen linksorientierten Menschen das Klischee vom „schwulen Nazi“ und nicht nur historische Persönlichkeiten, wie Ernst Röhm, werden dabei immer wieder zu Felde geführt um den Faschismus mit Homosexualität in Verbindung zu bringen, sondern auch an der „Männlichkeit“ von anderen Verbrechern in der Nazi-Partei wird gezweifelt um sie in eine vermeintlich homosexuelle Ecke zu drücken. Diese starke Assoziation von Homosexualität und Faschismus ist eine Brutstätte für Homophobie.

Homophobe Liedtexte

... sind populär unter vielen Jugendlichen. Der Inhalt solcher Lieder ist erschreckend:

„(...) Was ist geschehen, ihr lasst euch von Schwulen regier'n, was soll noch kommen? was soll in Zukunft passier'n? Männerhehen und Schwuchteln, die Mädchen erzieh'n, meiner Meinung kann so was kein Leben verdienen! (...) Nichts soll an sie erinnern, schlägt sie aus den Köpfen! (...)“

Offen propagiert der Hip-Hopper G-Hot Homophobie und ruft im weiteren Liedtext zum Massenmord an homosexuellen Menschen auf.

Homophobie im Fußball

Fußball ist für viele Menschen das Sinnbild von Männlichkeit. Zweizehntausig Männer kämpfen gegeneinander auf dem Platz um ihren Vorstellungen und Ideen funktioniert und es keine Menschen gibt, die anders sind oder gar andere Neigungen besitzen als ihre eigenen. Kaum ein Fußballprofi traut sich offen zu seiner Homosexualität zu stehen, da schlimme Reaktionen und Folgen der Fans, der Medien und des Arbeitgeber zu befürchten sind.



Symbol gegen Homophobie im Fußball bei einer Konferenz des 1. FC Kaiserslautern

Homophobie im Stalinismus

Auch wenn die DDR den berühmten Paragraphen 175 wesentlich früher entschärfte und früher abgeschafft hat, so war auch der Stalinismus Homosexualität grundsätzlich abgelehnt und als „kapitalistisches“ und „westliches“ Übel angesehen. Offen homosexuelle Personen mussten mit zivilgesellschaftlichen und mit staatlichen Repressionen rechnen. Das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) bespitzelte homosexuelle Treffpunkte und Persönlichkeiten, die des Trainers Christoph Daum, welcher in einem Interview sagte, dass „wir aufgefordert sind, gegen jegliche Bestrebungen, die gleichgeschlechtlich ausgeprägt

Thomas Stegemann

Landesweit aktiv für Lesben, Schwule und Transgender



Seit 1974 steht die HAKI e.V. für lesbisch-schwule Emanzipationsarbeit in Schleswig Holstein. Ihre Arbeit wird von ca. 50 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen geleistet und orientiert sich an den Bedürfnissen aller Lesben, Schwuler und Transgender im Land.

Mit ihrem niederschweligen Angebot ermöglicht sie die Erfahrung von Solidarität und Selbstbestimmtheit in diskriminierungsfreien Räumen. Mit jährlich über 10.000 Kontakten ist das Kieler HAKI-Zentrum landesweite Anlaufstelle, Treffpunkt, Infocenter und Vernetzungsstelle.

HAKI-Zentrum: Westring 278, 24116 Kiel (Bürozeiten: Di 9:00-13:00, Mi 15:00-19:00, Do 9:00-13:00) Telefon 0431/17090 | Telefax 0431/17099 | post@haki-sh.de | www.haki-sh.de

sind, vorzugehen“. Toleranz sieht anders aus! Es scheint als träumen viele noch von ihrer perfekten Fußball-Welt, die ganz nach ihren Vorstellungen und Ideen funktioniert und es keine Menschen gibt, die anders sind oder gar andere Neigungen besitzen als ihre eigenen. Kaum ein Fußballprofi traut sich offen zu seiner Homosexualität zu stehen, da schlimme Reaktionen und Folgen der Fans, der Medien und des Arbeitgeber zu befürchten sind.

Handeln wir jetzt!

Treten wir jetzt ein für eine Gemeinschaft ohne Homophobie. Lassen wir Witze über Schwule niemals unkommentiert. Kämpfen wir gegen psychische und physische Gewalt. Lasst uns gemeinsam die strukturelle Diskriminierung in Gesetzen und der homophoben Propaganda von konservativ-religiöser Seite überwinden. Stellen wir die Queer-Community und die dortigen Lebensentwürfe endlich gleich mit der religiös motivierten Ehe. Handeln für eine tolerante Gesellschaft, in der die Wahl des Gegenüber beim Sex nicht gerechtfertigt werden muss.

Homophobie und Fußball

Fußball ist der Sport der Männer! Dass die weibliche Fußballnationalmannschaft deutlich erfolgreicher ist, interessiert nicht! Fußball ist der Sport der Männer, für echte Männer! Leidenschaft, Körperersatz und echte Freundschaft zählen und natürlich der Erfolg!

Nach dem Spiel ein, zwei Bierchen und dann nach Hause aufs Sofa, den Profis zu gucken. Das sind auch echte Männer, alle!

Da passt die Geschichte von Justin Fashanu aus England irgendwie gar nicht rein. 1981, mit 20 Jahren, war er der erste farbige Fußballer, für den eine Ablöse in Höhe von einer Million englische Pfund gezahlt wurde.

Fortan war er Profi bei Nottingham Forest, mit einer Frau zusammen und gab das perfekte Idol. Problematisch wurde es, als er in der Schwulenszene der Stadt gesichtet wurde, woraufhin sein Coach Brian Clough ihn kurzer Hand entließ. Fashanu war aber ein Fußballer mit Leib und Seele und kam weiter zum Training, bis sein Trainer ihn mit Polizeigewalt vom Vereinsgelände entfernen ließ. In der folgenden Zeit gelang es ihm nicht in einem Club Fuß zu fassen. Nach einer hartnäckigen Knieverletzung setzte er sich in die USA ab und betätigte sich dort als Spieler und Trainer, betrieb nebenbei aber auch eine Schwulenbar.

Als er 1990 nach England zurückkehrte entschloss er sich zu seinem Outing. Die „Sun“ bot ihm 80.000 Pfund dafür, sein Bruder die gleiche Summe, damit er nicht immer ist die Justiz gerecht. Ich fühlte, dass ich wegen meiner Homosexualität kein faires Verfahren bekommen würde. Ihr wisst, wie das ist, wenn man in Panik gerät. Bevor ich meinen Freunden und meiner Familie weiteres Unglück zufüge, will ich lieber sterben.“

Justin Fashanu war der erste Fußballer, der sich outete und bezahlte dafür mit seinem Ruf und seinem Leben. Er verlor seine Arbeit und fühlte sich in die Ecke gedrängt. Er sah, dass es fast unmöglich war, dass er gerecht behandelt würde.



Nahm sich mit 37 das Leben:
Justin Fashanu

untertauchte und sich am 2. Mai des Jahres in seiner Garage in England erhängte. In seinem Abschiedsbrief schrieb er:

„Schwul und eine Person des öffentlichen Lebens zu sein, ist hart. Ich will sagen, dass ich den Jungen nicht vergewaltigt habe. Er hatte bereitwillig Sex mit mir, doch am nächsten Tag verlangte

Wieso? Rein statistisch müsste es einige homosexuelle Spieler im Oberhaus des deutschen Fußballs geben. Bei über 800 Aktiven in den oberen Ligen, sind alle hetero? Jürgen Rollmann, Ex-Profi von Werder Bremen, sagt, dass es „Schwule Spieler geben [muss], aber ich weiß nicht, wo“. Der ehemalige HSV Spieler Heinz Bonn versteckte in den 70ern seine Homosexualität aus Angst, diskriminiert zu werden. 1991 wurde er von einem Strichjungen ermordet. Schwule Spieler gibt es, auch wenn niemand wissen will, wo.

Die Angst vor den Folgen eines „Coming outs“ sind zu groß!

„Ich würde keinem Profi raten, sich zu outen. Der soziale Druck wäre nicht auszuhalten. In einem heterosexuellen Mannschaftsgefüge ist man direkt der Außenseiter, wird angreifbar für Mitspieler, Gegenspieler und Medien“ sagt

Corny Littmann, der bekannteste homosexuelle Vereinspräsident des FC St. Pauli. Diese Meinung teilt auch das Fußballidol Günther Netzer und bezeichnete im Jahr 2004 die Folgen eines Outing als fatal für die betroffene Person und deren Umfeld. Die Medien würden sich auf diesen einen Spieler stürzen. Besonders bei Auswärtsspielen stünde der Spieler unter enormen Druck. Sinnvoll wäre wohl ein Outing mehrerer Spieler, die sich aber auf einen großen Rückhalt bei ihren Familien, Mitspielern, Fans und den Vereinen verlassen können müssen, dies ist, vielleicht mit Ausnahme Corny Littmanns, wohl

selten der Fall. 1981 bezeichnete der Weltverband FIFA das Küsen zwischen Spielern als: „unmännlich, übertrieben gefühlsbetont und deshalb unangebracht“.

Der kroatische Fußballtrainer Otto Barić sagte, er erkenne schwule am Gang und würde sie nicht in seinem Team dulden. Auch ist in Fußballerkreisen die Meinung verbreitet, Schwule könnten gar nicht Fußball spielen, wird der ehemalige Spieler Paul Stein vom FC Köln zitiert, Michael Schütz von Fortuna Düsseldorf sagt, „man würde gegen so einen nicht richtig rangehen, weil die gewisse Furcht vor Aids da wäre.“

Dabei gibt es schwule Fanklubs. Bereits im August 2001 gründeten sich die „Hertha Junxx“ aus Berlin. Bis heute gibt es 16 schwule Fanklubs im deutschsprachigen Raum. Das jüngste Mitglied im Netzwerk der „Queer Football Fanklubs“ sind die „Bayern04Junxx“, Fans von Bayer Leverkusen.

Auch der DFB engagiert sich gegen Homophobie und hatte beim CSD 2008 einen eigenen Wagen mit dem Namen „Fußball ist alles... auch schwul.“ In England werden „Fans“ die Spieler als „Poofs“ (Schwuchteln) bezeichnet

Es gibt homosexuelle Fußballer, jedoch ist der Druck unter dem diese stehen zu groß für ein Outing! In österreichischen Wettbüros gibt es Wetten auf Pärchen in den Ligen, oder auch auf



Würden die Fans auch Jubeln, wenn der Spieler bekennd schwul wäre?

einzelne Aktive. Irgendwann wird es zu den ersten Outings in den Fußballigen kommen, die Folgen für die Spieler sind aber nicht abzusehen.

Es ist auch an uns, etwas dagegen zu tun! Egal, ob wir selber in der Kreisklasse spielen, oder nur

Allgemeinen- denn Homophobie ist, wie wir wissen, kein reines Fußballthema!

Moritz Deutschmann

Christopher Street Day

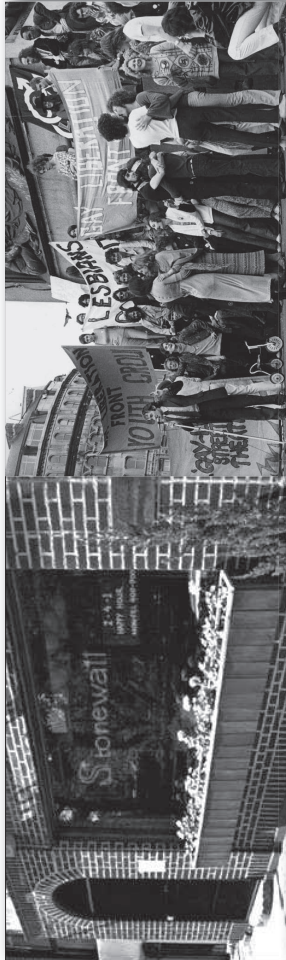
Marsch gegen Homophobie und Staatsterror

Samstag, der 27. Juni 1969 Anwesenden fest und veröffentlichte diese gelegentlich in der Presse. Händchen haltende und küssende Männer, Transvestiten und gewöhnliche Gäste wurden durch dieses Zwangsouting Opfer diskriminierender Staats- geboten: Seitdem feiert

der Straße üben.

Als nun im Folgejahr die Gay Liberation Front an die Ereignisse anknüpfte und einen Marsch mit 5000 bis 10000 Teilnehmenden durch den Bezirk organisierte, war der Christopher-Street-Day geboren: Seitdem feiert

Die Polizisten in der Christopher



Das Stonewall Inn in der Christopher Street London's First Gay Liberation Front March

Das Publikum der Bar widersteht sich der Bullengewalt und breite Teile der Anwohner und Nachtschwärmer solidarisieren sich mit den Betroffenen. In den Vereinigten Staaten der 60er Jahre wurden systematisch Razzien in Bars mit homosexuellem Publikum durchgeführt. Die Polizei stellte die Identität der

Sommer stolz den Mut sich gegenüber knüppelnden Polizisten und anachronistischer Bevormundung durch den Staat zur Wehr zu setzen und demonstriert damit selbstbewusst, dass ein Zurückfallen in diese Zustände nicht hingenommen wird.

Lasse Mempel

§ 175 - Chronologie der Schande

Der § 175 des deutschen Strafgesetzbuches stellte sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe und existierte von 1872 bis 1994.

Vorläufer des § 175 war eine Regelung im Preußischen Strafgesetzbuch, welche Unzucht zwischen männlichen Personen mit einer Mindeststrafe von 6 Monaten belegte. Hieraus entstand am 1. Januar 1872 der § 175 des Strafgesetzbuches des neuen Deutschen Reiches. Die Mindeststrafe betrug nun einen Tag.

Gegen Ende des Kaiserreichs mehrten sich die Verurteilungen nach § 175 und es wurde erwogen, diesen auch auf Frauen auszuweiten. Der zweite Weltkrieg kam dem jedoch zuvor. Bis 1918 waren etwa 10.000 Personen wegen tatsächlicher oder angeblicher homosexueller Beziehungen verurteilt worden.

Eine Abschaffung des § 175 in der Weimarer Republik scheiterte an den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag. Durch aufsehen erregende Prozesse kam es sogar zu einem Anstieg der Verurteilungen über das Niveau von 1914. Eine 1925 geplante Verschärfung des § 175 scheiterte am Niedergang der Weimarer Republik.

1935 verschärfen die Nationalsozialisten dann den § 175, indem die Höchststrafe auf fünf Jahre Gefängnis heraufgesetzt wurde und nunmehr jeglicher sexueller Kontakt für eine Verurteilung ausreichte. Zudem wurde ein neuer § 175a geschaffen, welcher „schwere Unzucht“ mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestrafte. Die Zahl der Verurteilten stieg zeitweise auf über 8000 pro Jahr. Bis 1945 wurden fast 50.000 Personen wegen Homosexualität verurteilt, etwa 10.000 wurden in Konzentrationslagern eingewiesen. Von den wenigen Überlebenden wurden einige nach ihrer Befreiung durch die Alliierten wieder an ein Gefängnis überstellt, da sie ihre Haftstrafe noch nicht vollständig verbüßt hatten. Bis 1957 wurde in der DDR der § 175 (nun § 151) in der Fassung von vor 1935 angewendet, der

Mit der Gründung der BRD wurden die §§ 175 und 175a in der Fassung des Dritten Reiches übernommen und auch angewendet. Bis 1959 kam es zu etwa 100.000 Ermittlungsverfahren und etwa 50.000 Verurteilungen. 1957 bestätigte das Verfassungsgericht die Anwendung der beiden §§ in der Bundesrepublik. 1962 wurde ihre Anwendung durch Adenauer erneut bekräftigt, die Begründungen ähnelten in beiden Fällen sehr denen aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Mit dem 1. StrRG von 1969 entfielen die §§ 175 und 175b (Sodomie), der § 175a wurde zum neuen § 175. Unter Willy Brandt fand dann eine umfassende Reform des Sexualstrafrechts statt. Übrig blieben im § 175 nur noch sexuelle Handlungen mit unter 18-Jährigen. Frauen fanden keine Erwähnung, für Mädchen galt ein Schutzalter von 14 Jahren.

1986 wurde eine Streichung des § 175 von CDU, FDP und SPD abgelehnt. Auch Helmut Schmidt sprach sich explizit gegen eine Verbesserung der Rechtslage Homosexueller aus.

1994 wurde der § 175 dann im Zuge der Rechtsangleichung zwischen BRD und ehemaliger DDR ersatzlos gestrichen, das Schutzalter einheitlich auf 14 Jahre festgelegt.

Im Jahre 2002 beschloss der Bundestag gegen die Stimmen von CDU und FDP eine Aufhebung der Urteile gegen Homosexuelle und Wehrmachts-Deserteure während des Nationalsozialismus. Die Urteile bis 1969 blieben davon jedoch unberührt, obwohl sie auf der gleichen Rechtsbasis erfolgten. Nico Lindemann

Mexiko – ein tolles Land mit vielen Problemen

Seit dem 21. August 2009 bin ich in Mexiko und mache hier ein Freiwilliges Soziales Jahr an einer Mittelschule in Toluca, westlich von Mexiko-Stadt. Ich wohne in einer Familie in einem kleinen Dorf eine halbe Stunde von Toluca entfernt und lerne dadurch die mexikanische Kultur, die schönen Seiten des Landes sowie seine Probleme kennen. All das möchte ich euch hier kurz vorstellen.



Mein FSJ findet im Rahmen des „weltwärts“-Programms des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung statt, welches unter Ministerin Heidemarie Wiese-Zeul entwickelt wurde. Dies ist ein Stipendium für Freiwilligendienste in Entwicklungsländern, wobei das Ministerium 75% der Kosten übernimmt und die restlichen 25% meist über einen Spenderkreis finanziert werden müssen. Mehr dazu auf www.weltwaerts.de.

Außerdem gehe ich mit in einige

Englischklassen und helfe den Lehrern dort mit der Aussprache, damit die Schüler es gleich richtig lernen, und arbeite auch manchmal mit einzelnen Schülern, die besondere Probleme haben oder schwierige Fälle sind.

Zudem machen wir den Schülern das Angebot, noch Extra-Englischunterricht in Gruppen von nur ca. 11 Schülern zu bekommen. Dies ist freiwillig, aber es wollen fast alle Schüler teilnehmen und mussten dazu einen Test zur Einstufung in Niveaus schreiben, den wir drei Freiwilligen selbst entwickelt haben. Diese Kurse starten in zwei Wochen, da wir bis dahin nachmittags noch Spätnachunterricht bekommen.

Weitere Probleme in der Schule sind, dass die Räume sehr hellhörig sind und überhaupt nicht isoliert, daher ist es vor allem morgens sehr kalt und meist relativ laut, was natürlich auch noch mal den Unterricht stört. Schulfest gibt es nicht, wenn man die Klasse verlässt ist man sofort draußen. Sport wird auf dem Schulhof praktiziert, ansonsten gibt es noch einen Raum für Naturwissenschaften, der manchmal genutzt wird, und alles andere sind die normalen Klassenräume, die immer belegt sind, es gibt also auch nicht viel Auswahl bei den Räumen, wie ich es aus Deutschland gewöhnt bin. Zudem hat die Schule kaum Material. Jede Klasse besitzt lediglich eine Tafel, ein Pult und die Stühle

der Schüler. Musikunterricht zum Beispiel besteht daraus, dass der Lehrer auf dem Mülleimer einen Takt klopft und die Schüler dazu entweder flöten oder klatschen. Für den Kunstunterricht müssen sie alle Utensilien selbst mitbringen, also Block und Stifte, mehr Möglichkeiten gibt es auch hier nicht. Die Schule hat kein Geld. Manchmal bekommen sie Geld von einigen Eltern, aber viele haben selber kein Geld, das sie der Schule geben könnten.

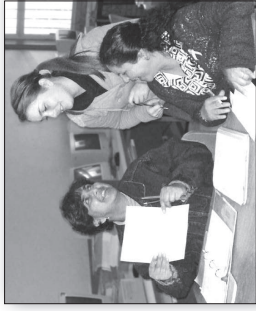
Das Niveau der Schüler in Englisch unterscheidet sich sehr, aber besonders Gute gibt es kaum. Selbst in der neunten Klasse, wo sie ja schon zwei Jahre Englisch gehabt haben (an öffentlichen Schulen fängt der Englischunterricht in der siebten Klasse an), können einige fast nichts.

Der Kontrast dazu sind die privaten Schulen. Hier wird schon ab der ersten Klasse Englischunterricht gegeben, teilweise ist die Hälfte aller Fächer in Englisch, und ebenso wird der Umgang mit Computern unterrichtet, was sich in öffentlichen Schulen gar nicht leisten können. Dafür zahlt man dort aber auch viel Geld. Mein kleiner Gastbruder geht auf eine private Schule, die noch relativ günstig sein soll, wofür meine Gasteltern monatlich aber schon ca. 120 Euro zahlen und das ist für die Mexikaner weit mehr als für uns, da sie weniger verdienen.

Ich fühle mich aber sehr wohl an der Schule. Auch wenn alles teilweise etwas unorganisiert ist, sind alle super nett und besorgt

um uns, sie nehmen unsere Hilfe absolut gerne an, sie wünschen sogar, wir würden länger als nur ein Jahr bleiben. Das ist echt schön!

Allgemeine Probleme in Mexiko
An Problemen fällt mir hier besonders die starke Umweltverschmutzung auf. Überall liegt Müll in der Landschaft und auf der Straße, vor allem hier in meinem Dorf ist es sehr dreckig, die Straße und Natur sind quasi die Mülleimer der Leute. Außerdem findet hier keine Mülltrennung statt, es wird einfach alles in den gleichen Eimer geschmissen und das Leitungswasser sollte man seit einigen Jahren besser nicht trinken. Zudem gibt es hier jede Menge Straßenhunde, die überall nach Futter suchen, die Straßen verdrecken und ziemlich oft von Autos überfahren werden und dann tot auf der Straße liegen. Auch die starke Luftverschmutzung hat mir anfangs zu schaffen gemacht. Vor allem, wenn man in der Stadt unterwegs ist, atmet man fast nur Benzin, die ganze Zeit. Der Verkehr ist enorm, vor allem in Mexiko-Stadt, alle fahren mit dem Auto und das Problem ist, dass viele Autos sehr alt und meist große Benzinschlucker sind. Zudem fällt hier, vor allem im Dorf, des öfteren der Strom aus. Manchmal liegt es daran, dass es zu doll geregnet hat, manchmal aber auch, weil die mexikanischen Stromkonzerne Probleme haben. Inzwischen habe ich mich schon daran gewöhnt, manchmal ein paar Stunden keinen Strom



zu haben. Ein großes Problem Mexikos ist auch die Korruption, davon habe ich hier zwar direkt noch nichts mitbekommen, aber die Mexikaner beschweren sich alle über die korrupte Regierung.

Das Leben, der Alltag hier und die Mexikaner

Das Leben hier ist viel lauter als bei uns. Die Hupe ist des Mexikaners Gruß, außerdem hört man hier des öfteren Schüsse in der Ferne, meist wird irgend etwas gefeiert. Ansonsten muss man sich an den vielen Verkehr und die lauten Autos gewöhnen, bei mir fährt jeden Morgen um 7 Uhr ein Auto durch die Straße, das in voller Lautstärke Werbung für Gas macht, das es verkaufen möchte.

Ansonsten ist hier alles etwas lässiger, man kommt meist zu spät und bei der Arbeit wird das auch alles nicht immer so ernst genommen. Man geht sich erstmal was zu essen holen und unterhält sich und dann wird angefangen.

Die Mexikaner sind super nette Leute, sehr hilfsbereit, fürsorglich, an uns Deutschen interessiert und die meisten sehr religiös. Was mir hier stark auffällt, ist der große Kontrast zwischen „Arm“

und „Reich“. Hier im Dorf wird Holz für Feuer mit Eseln und teilweise auch Pferden transportiert, die Leute leben ihr halbes Leben auf der Straße, wenn sie nichts zu tun haben, sitzen sie dort rum und unterhalten sich oder pfeifen Frauen nach. Hier gibt es kaum Leute, die Geld haben, die meisten betreiben kleine Läden, deshalb gibt es hier auch an jeder Ecke einen. In der Stadt fahren die „Reichen“ mit ihren großen Autos lang, leben in geschützten Zonen, das sind eingezäunte und eingemauerte Bereiche, wo sich meistens ein, zwei saubere Straßen mit teuren Häusern befinden. Der Eingang ist Tag und Nacht für fast nur arme Menschen.



bewacht und man wird nur rein gelassen, wenn man dort wohnt oder angemeldet ist. Auch in den großen Einkaufszentren sieht man nur Leute, die Geld haben, in den ländlichen Gegenden dagegen für fast nur arme Menschen.

www.fannyinmexico.blogspot.com

Es grüßt euch Fanny aus Mexiko

Im Wahlkampf kurz notiert:

Am 24.09. besuchte ich mit zwei Freunden eine Veranstaltung von Peter Harry Carstensen in der Halle 400. So kurz vor der Wahl wollten wir uns den Landesvater und Spitzenkandidaten der CDU einmal ansehen.

Leider nahm die Veranstaltung ein jähes Ende für uns. Noch vor Beginn wurden wir nachdrücklich gebeten den Saal zu verlassen. Auch auf wiederholte Nachfrage wollte oder konnte man nicht sagen, warum. „Ich bin der Veranstalter, ich muss das nicht begründen“ Ein bulliger Personenschützer des LKA begleitete uns dann von unseren Plätzen in der dritten Reihe bis zum Ausgang.

Wir fühlten uns in diesem Moment nicht sehr willkommen und unbehaglich.

Diese Situation löste bei uns große Verwunderung aus, weshalb wir die CDU und diverse Medien umgehend kontaktierten. Das konnten wir nicht auf uns sitzen lassen!

Nachdem unser Kommentar bei der Onlineausgabe der KN veröffentlicht wurde, meldete sich der Herr der CDU telefonisch und per Mail bei uns, um sich

zu entschuldigen, da er nun wisse, dass es die falschen getroffen habe. Er meinte, er hatte "schnell zu entscheiden, wie auf dieses Situation reagiert werden soll, um einen reibungslosen Veranstaltungsverlauf zu gewährleisten und mögliche Personengefährdungen auszuschließen", da er "über die Polizei [...] informiert worden [sei], dass von extremen politischen Kreisen gezielte Störungsaktionen auf dieser Veranstaltung geplant sein sollten."

Dies lässt auf eine rein optische und vorurteilsbehaftete Beurteilung von Personen seitens der CDU schließen. Dies macht auf uns nicht den Eindruck eines christlichen Weltbildes. Das junge Männer, die nicht dem Polo- Chic der Jungen Union entsprechen, eine Veranstaltung der CDU besuchen und somit quasi fremdes, klar markiertes Revier betreten, muss bei den anwesenden Personen eine gewisse Angst, oder Beklemmung, ausgelöst haben.

Schade, CDU!

Moritz Deutschmann

Was wählen eigentlich Fußballer?

Wie politisch sind Fußballer?

„Politik spielt für viele Fußballer eine untergeordnete Rolle. Es gibt viel mehr fußballaffine Politiker als politikaffine Fußballer“, sagte Nationalspieler Thomas Hitzlsperger der „Zeit“.

geschehen? Di Canio hat „nur“ den faschistischen Gruß gezeigt, als er ausgewechselt wurde. Dieser ist bekannt für seine faschistische Einstellung und das nicht erst, seitdem er das Spielfeld mit ausgestrecktem Arm verließ. Auf seinem rechten Oberarm hat er sich das lateinische Wort „DUX“ tätowieren lassen, übersetzt ins italienische heißt dies Duce (Führer), die gängige Bezeichnung Mussolinis durch seine Anhängerinnen.

Diese Summe könnte eine Abschreckung sein, sich politisch zu äußern. Oder besteht bei Fußballern gar kein Interesse an Politik? Philipp Lahm sieht das nicht so. Er verriet der „Zeit“: „Ich glaube, das trifft nicht mehr und nicht weniger zu als in vielen anderen Berufssparten auch. Jedenfalls wissen alle Fußballer, dass am Sonntag Wahl ist“. Immerhin! Hitzlsperger sagt, „der ein oder andere Mitspieler hat sich allerdings als FDP-Wähler zu erkennen gegeben.“ Aha! Also alle auf niedrige Steuern bedacht? Hitzlsperger selber nicht, er fügt hinzu, dass seine Sorgen sich nicht um die Steuern, aber um die Interessen der Geringverdienenden drehen.

Also keine größere Politikverdrossenheit als beim Rest der Gesellschaft. Was dann? Die hohe Strafe? Najja, wenn mensch nicht gerade Kommunist ist, ist auch wenig zu befürchten. Paolo Di Canio, ebenfalls Italiener, musste nur 10.000 Euro zahlen. Was war

den Faschistischen Gruß gezeigt, als er ausgewechselt wurde. Dieser ist bekannt für seine faschistische Einstellung und das nicht erst, seitdem er das Spielfeld mit ausgestrecktem Arm verließ. Auf seinem rechten Oberarm hat er sich das lateinische Wort „DUX“ tätowieren lassen, übersetzt ins italienische heißt dies Duce (Führer), die gängige Bezeichnung Mussolinis durch seine Anhängerinnen.

Diese offenkundige Ungerechtheit löst große Verwunderung und Wut aus, ist aber wohl auch nicht der Grund, dass wir so wenig über die politischen Präferenzen unserer Profis wissen. Vielleicht ist es der gleiche Grund wie so oft: Die Spieler fürchten sich vor Reaktionen der Fans Mitspieler und wohl vor allem vor denen der Vereinsführung. Schade! Dabei könnten Fußballer durchaus gute Zugpferde für Parteien und die Politik im Allgemeinen sein.

Äußerungen des Stuttgarters Hitzlsperger wie „immerhin gehören die Rechtsradikalen auch zu den Verlierern“ sollten viel mehr in die Öffentlichkeit gelangen, da vor allem Jugendlichen so signalisiert werden kann, dass die politische Richtung in keinem Fall nach rechts abdriften darf. Da reichen auch nicht die sparsam zu Länderspielen der Herren gesendeten Integrationssports des DFB.

Moritz Deutschmann

Wer macht meine Meinung?

Eine Antwort anhand von Albrecht Müllers Buch *Meinungsmache*.

Eine auflagenstarke Zeitung

wirbt damit, sich mit ihrer Hilfe eine Meinung zu bilden. Die vermeintlichen Tatsachen beruhen

einiger Finanzinstitute und der Vorschlag, eine Auffanggesellschaft für unsichere, faule Kredite zu gründen.(...)“ diskutiert worden ist, wird verschwiegen.

nicht selten genug auf Falsch-
aussagen und Unwahrheiten¹.
Dahinter stecken jedoch nicht
nur schlechte Recherche und
das Prinzip Unterhaltung-statt-
Information, sondern auch po-
litisches Kalkül. Dass es sich
hierbei nicht um eine Ausnah-
me handelt, sondern um ei-
nen Teil einer Maschinerie zur
Manipulation der öffentlichen
Meinung, grenzt an eine Ver-
schwörungstheorie. Albrecht
Müller macht jedoch deutlich:
Meinungsmache ist ein reales
Problem.

Auf der Grundlage der Erfah-
rungen, die er unter anderem im
Wahlkampfteam von Willy Brandt
und im Planungstab des Bun-
deskanzleramtes unter Helmut
Schmidt machen konnte, ist sein
Urteil klar und direkt: „Wer über
Geld und/oder die publizistische
Macht verfügt, kann politische
Entscheidungen beeinflussen.“

- Gut beraten ist auch, wer im
Zweifel keine Zweifel „an der
Richtigkeit der eigenen Thesen“
aufkommen lässt. Statt selbstkri-
tisch mit der eigenen Verantwor-
tung an der globalen Finanzkrise
umzugehen, gibt die Bundesre-
gierung vor, von der Krise über-
gierig vor, von der Krise über-
rascht worden zu sein. Und nur
bis auf wenige Ausnahmen stim-
men alle Medien dem zu. Dass
aber bereits 2003 in einem Tref-
fen zwischen der damaligen
Bundesregierung und Spitzen
der Finanzwirtschaft über „(...)“
die hohen Verluste und Risiken

einiger Finanzinstitute und der Vorschlag, eine Auffanggesellschaft für unsichere, faule Kredite zu gründen.(...)“ diskutiert worden ist, wird verschwiegen.

Müller fragt zu recht: Wo bleiben die Wächter der Demokratie?

In Deutschland wird von wenigen einflussreichen Verlagshäusern und TV-Konzernen bestimmt, was viele lesen, hören und sehen. Vier Konzerne beherrschen den Zeitschriftenmarkt; bei den Boulevardzeitungen hält der Springer-Verlag 80% der Marktanteile; das kommerzielle Fernsehen wird von der RTL-Gruppe und Pro Sieben/Sat 1 dominiert; in über 60 Prozent der Städte und Kreise gibt es nur noch eine Regional- oder Lokalzeitung. Diese Konzentration auf wenige Anbieter geht zwangsläufig einher mit dem Verlust an Meinungsvielfalt und einer politischen Streitkultur.

Statt kritischer Berichterstattung und investigativem Journalismus, geht es für die Verleger darum Marktanteile zu sichern und ein angenehmes „Anzeigenumfeld“ zu schaffen. Dafür erhöht sich der Druck in den Redaktionen. Diese werden Rationalisierungsprozessen unterworfen, Entlassungen und schlechtere Arbeitsbedingungen sind die Folge. Auch auf lokaler Ebene. So entließ der Schleswig-Holsteinische

einiger Finanzinstitute und der Vorschlag, eine Auffanggesellschaft für unsichere, faule Kredite zu gründen.(...)“ diskutiert worden ist, wird verschwiegen.

einiger Finanzinstitute und der Vorschlag, eine Auffanggesellschaft für unsichere, faule Kredite zu gründen.(...)“ diskutiert worden ist, wird verschwiegen.

einiger Finanzinstitute und der Vorschlag, eine Auffanggesellschaft für unsichere, faule Kredite zu gründen.(...)“ diskutiert worden ist, wird verschwiegen.

einiger Finanzinstitute und der Vorschlag, eine Auffanggesellschaft für unsichere, faule Kredite zu gründen.(...)“ diskutiert worden ist, wird verschwiegen.

einiger Finanzinstitute und der Vorschlag, eine Auffanggesellschaft für unsichere, faule Kredite zu gründen.(...)“ diskutiert worden ist, wird verschwiegen.

einiger Finanzinstitute und der Vorschlag, eine Auffanggesellschaft für unsichere, faule Kredite zu gründen.(...)“ diskutiert worden ist, wird verschwiegen.

einiger Finanzinstitute und der Vorschlag, eine Auffanggesellschaft für unsichere, faule Kredite zu gründen.(...)“ diskutiert worden ist, wird verschwiegen.

einiger Finanzinstitute und der Vorschlag, eine Auffanggesellschaft für unsichere, faule Kredite zu gründen.(...)“ diskutiert worden ist, wird verschwiegen.

einiger Finanzinstitute und der Vorschlag, eine Auffanggesellschaft für unsichere, faule Kredite zu gründen.(...)“ diskutiert worden ist, wird verschwiegen.

einiger Finanzinstitute und der Vorschlag, eine Auffanggesellschaft für unsichere, faule Kredite zu gründen.(...)“ diskutiert worden ist, wird verschwiegen.

„Wir bilden uns unsere eigene Meinung!“

Nach der Lektüre von Meinungsmache wird deutlich: Wir brauchen eine Gegenöffentlichkeit. Freie Berichterstattung ist das Kernelement einer funktionierenden Demokratie. Wie sonst können sich die BürgerInnen ihre eigene Meinung bilden, wenn nicht auf dem Fundament freier Medien. Das Thema ist zu wichtig, als dass wir es ignorieren könnten. Wir als Jusos müssen uns mit diesem Problem befassen, indem wir an dem Aufbau einer Gegenöffentlichkeit mitwirken und die Methoden der Manipulation offenlegen. Ein Vorschlag für unser kommendes Arbeitsprogramm.

Ein Maß für die Konservativen und ein Maß für die Linken.

Dem nicht genug. Müller sieht „eine Stigmatisierung des Linksbündnisses im Interesse der rechts-konservativen Mächterhaltung“. Insbesondere die Berichterstattung über die Wahlen in Hessen und Hamburg zeige, dass die Medien mit zweierlei Maß messen. Die Entscheidung des Wählers in beiden Bundesländern brachte „(...) nahezu alle Parteien [dazu] vorher gegebene Versprechen und Ankündigungen(...)“ aufzugeben. Der Wortbruch wurde aber nur Andrea und Kurt vorgeworfen. Dass auch die Grünen sich im Hamburger Wahlkampf für Rot-Grün einsetzen, dann aber doch mit der CDU koalitierten, wurde als „kluge Strategie“ klassifiziert. Ein beliebtes Totschlagargument gegen die Linkspartei und damit auch gegen Rot-Rote Bündnisse ist der SED/Stasi-Vorwurf. Auch wenn dieser in vielen Fällen berechtigt ist, kann sich „(...)Merkel hingegen(...)“ darauf verlassen, dass die deutschen Medien ihrer FJD-Vergangenheit nicht nachgehen.“

Martin Schmelzer



Dieser Artikel basiert auf der Grundlage von Artikeln der NachDenkSeiten.de und dem Buch Albrecht Müller: Meinungsmache. Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen. Droemer, August 2009

Zeitungsverlag' über ein Dutzend Redakteure, um diese danach unter deutlich schlechteren Bedingungen bei einer Tochterfirma wieder einzustellen. In Münster ging man noch gründlicher vor: Die gesamte Lokalredaktion einer hiesigen Zeitung wurde entlassen und eine PR-Agentur² eingesetzt, um „Unternehmenskommunikation nach Maß“ zu gewährleisten.

Diese Entwicklung als demokratiegefährdend zu identifizieren und dagegen vor zu gehen, ist jedoch kein Ziel jedweder politischen Agenda der etablierten Parteien. Stattdessen wird der Umstand für die eigene PR genutzt und vorangetrieben. So ist Angela Merkel nicht nur in Freundschaft zu Elfriede Springer verbunden, auch die konservative Politik erhält durch BILD, WELT und Co. die positiven medialen Stimmen. Die Kampagne „Steuern runter, macht Deutschland munter!“ oder auch die Agitation gegen die Öko-Steuer sind nur Aushängeschild dieser Kollaboration.

Gleichsam sind „(...)die Seheimer, die Schröderianer und ihrer Netzwerke (...) schon wegen ihrer inhaltlichen Nähe zu den Meinungsmachern außerhalb der SPD geneigt, den Stichwortgeber zu spielen.“ Müller zeigt auf, dass die Agenda Politik unter Schröder eine enorme mediale

1. Herausgeber des Flensburger Tageblattes

2. Public Relations: Öffentlichkeitsarbeit

Großdemo in Berlin

... oder: *sind wir links?*

100.000 Menschen demonstrieren am 16. Mai 2009 in der Berliner Innenstadt rund um den „großen Stern“ für ein sozialeres, gerechtes Europa. Unter dem Motto: „Die Krise bekämpfen - Sozialpakt für Europa“ riefen die Gewerkschaften zu einer Großdemo in der Bundeshauptstadt auf. Mit Bussen aus dem gesamten Bundesgebiet reisten GewerkschafterInnen in Strömen an.

Mittendrin auch zwei Jusos aus RD-Eck. Mit Fahnen und selbst gebastelten Transparenten stürzten wir uns ins Getümmel und erlebten eine historische Demo in Berlin, die uns in unser Überzeugungs als linke Jugendliche bestärkte.

Die Demo war eine tiefe Enttäuschung! Wir gingen klar erkennbar als Jungsozialisten auf die Demo. Mit Jusostickern auf den Klamotten, Jusoansteckern und SPD- Fahne. Wir sangen mit bei Bertolt Brecht und der „Internationalen“ und wählten uns unter Gleichgesinnten. Nur irgendwas war komisch. Wir galten nicht als Linke, auch wir gehörten zu den Bösen und standen im politischen Spektrum der Demo auf einer Stufe mit FDP und CDU. Wir gehörten auch zu den Verursachern! Mit platten Parolen umringt von MLPD, DKP und Linkspartei mussten wir uns eine Schelte nach der anderen

anhören. „Regierungsjugend“, Schmähgeseh oder auch plumpe Beleidigungen begleiteten uns über den gesamten Weg. Ich hätte nicht gedacht, dass es Courage bedarf (und die wurde uns von MitdemonstrantInnen bescheinigt), sich als SPDler, die wir ja unumstritten auch sind, auf einer linken Demo zu „outen“! Da steht mensch morgens um fünf auf, reist 400 Kilometer weit und kommt stundenlang ohne eine Toilette aus, um sich zu solidarisieren, wird aber als „neoliberal“ und „Regierungsjugend“ gebrandmarkt.

Wie kommt das? Wieso werden wir Jusos nicht als linke Jugendorganisation wahrgenommen? Auch wir stehen doch klar für die Ziele der Demo, oder?

**- Nachhaltiges Lösen der Krise!
- Die Verursacher müssen zahlen!
- Sozialpakt für Europa!**

Klingt das alles neoliberal? Als es auf die Siegessäule zu ging, änderten wir unsere „Zweipersonen-Demotaktik“. Die Fahnen auf denen die bösen Buchstaben „SPD“ auftauchen wurden eingerollt und wir konzentrierten uns auf unser „Jump! You Fuckers“- Banner. Und, siehe da, wir wurden tatsächlich auch positiv wahrgenommen, ja sogar fotografiert! Mit platten Parolen scheint mensch also doch auf der richtigen Seite zu stehen! Nun versuchten wir auch,

Bekämpft man die Krise mit über- teuerten Brezeln und einer kühlen Flasche Clausthaler? Und hatte Karl Marx auf Demos auch Nike Sneaker und Polohehm an?

Als ich abends zu Hause ankam, habe ich überlegt, ob meine Wahrnehmung der Situation vielleicht überspitzt war. Hatten die nicht alle doch recht? Ist es nicht vielleicht doch richtig, nur das Unmögliche zu fordern?

Nein, meine Wahrnehmung war genau richtig!

Wir zwei waren die einzigen SPD-Fahren weit und breit. Wir haben keine Genossinnen getroffen und laut Medien war nur Franz Münte-

fering als bekanntes Gesicht vor Ort. Kein Steinmeier, keine Nahles und auch keine Franz Drosell! Es gab keinerlei Info über diese wichtige Veranstaltung in den Verteilern (jedenfalls keine mir

bekannte) und so viel kommt von uns, wenn wir mal ehrlich sind, zu der Krise auch nicht. Das mag seine Gründe haben, aber wir sollten etwas dagegen tun!

Für uns geht es jetzt darum ein klares Profil als linke Jugendorganisation zu zeigen! Wir müssen aktiv werden und auch zu der Krise, die die Menschen, vor allem auch die Jugendlichen, die um ihre Zukunft in der Arbeitswelt bangen, verängstigt klar erkennbare Positionen beziehen!

Einige werden in den Jusos und der SPD immer die Bösen sehen, aber vielleicht schaffen wir es ja, eine wirkliche Alternative zu den Neoliberalen und den

Extremisten zu sein.

Als persönliches Fazit kann ich sagen, dass ich immer noch glaube, bei den Jusos richtig aufgehoben zu sein und dass ich sie auch als linke Alternative sehe. Viele, die uns auf der Demo radikal und forsch entgegengetreten sind, sind aus meiner Sicht entweder ewig Gestrige, die den Knall, oder vielmehr das Bröckeln der Mauer nicht gehört haben, oder einfach Enttäuschte, die sich nicht anders als so plump und dumm zu helfen wissen. Aber auch dies hat etwas gezeigt: die Rolle der Jusos und der SPD im linken Spektrum.

Moritz Deutschmann

Tucholsky - Sozialdemokratischer Parteitag

Wir saßen einst im Zuchthaus und in Ketten, wir opferten, um die Partei zu retten, Geld, Freiheit, Stellung und Bequemlichkeit. Wir waren die Gefahr der Eisenwerke, wir hatten Glut im Herzen – unsre Stärke war unsre Sehnsucht, rein und erdenweit. Uns haßten Kaiser, Landrat und die Richter: Idee wird Macht – das fühlte das Gelichter ...

Long long ago –

Das ist nun heute alles nicht mehr so.



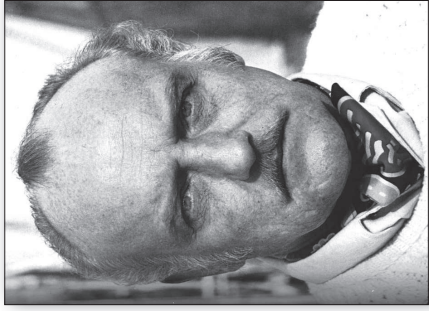
Kurt Tucholsky

Uns imponieren schrecklich die enormen Zigarren, Autos und die Umgangsformen – Man ist ja schließlich doch kein Bolschewist. Wir geben uns auch ohne jede Freite. Und unser Scheidemann hat keine Seite, nach der er nicht schon umgefallen ist. Herr Weismann grinst, und alle Englein lachen. Wir sehen nicht, was sie da mit uns machen, nicht die Gefahren all ... Skatbrüder sind wir, die den Marx gelesen. Wir sind noch nie so weit entfernt gewesen, von jener Bahn, die uns geführt Lassall!

„Wir können alle Probleme lösen, wenn wir mehr Gleichheit einführen.“

Der demokratische Sozialist – Jochen Steffen (1922-1987)

„Dat blivt nicht so, dat mut ändern warm!“ ist ein häufig gezeigtes Fazit des schleswig-holsteinischen Politikers Joachim (Jochen) Steffen. Als Politiker zu handeln bedeutete für den ehemaligen Landesvorsitzenden der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein, die aktuelle Lage zu erkennen und Überzeugungsarbeit bei der Bevölkerung zu leisten.



Der bekennende Linke war ein herausragender Redner, der zwischen mehreren Sprachebenen wechseln konnte. Er war in der politischen Theorie genauso zu Hause wie in der Welt der „kleinen Leute“. Dabei redete der „rote Jochen“ – wie die Öffentlichkeit ihn nannte – niemandem zum Gefallen. Der streitbare Politiker nahm für seine Überzeugungen Unverständnis, Ablehnung und auch Einsamkeit in Kauf. Mit seiner Forderung, das politische Bewusstsein der sozialdemokratischen Mitglieder durch mehr Diskussionen an der Basis anzuheben, um das politische Leben in der Partei zu verändern, brachte der „achtersinnige Idealist“, wie die Stuttgarter Zeitung ihn in ihrem Nachruf im September 1987 nannte, Anfang der 1960er Jahre neuen Schwung in die Kieler Landtagsfraktion der SPD. Die Forderung nach mehr politischem Bewusstsein ist charakteristisch für Steffen, der das Verbinden der praktischen politischen Arbeit mit

gesellschaftspolitischer Analyse wie kaum ein anderer schleswig-holsteinischer Politiker bewältigte. Zwei Jahre später ist er Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD in Flensburg und kann 1958 sein erstes Landtagsmandat über die Landesliste einnehmen.

Durch Vermittlung der SPD wird der „Lohnschreiber“ im September 1956 Chefredakteur der Flensburger Presse. In dieser jungen und sozialdemokratisch orientierten Wochenzeitung schreibt er fortan Reportagen, Meldungen, Leitartikel, Kommentare und erste humoristische Beiträge. 1961 wird Steffen vom damaligen Landesvorsitzenden Walter Damm als Leitartikler an die Kieler Volkszeitung geholt. Parallel zu Kieler Volkszeitung schreibt er auch für den Lübecker Morgen. Zum Jahresende 1968 wird die Produktion der VZ stillgelegt. Die letzte Ausgabe des Lübecker Morgen erscheint am 31. März 1969. Beide Zeitungen werden knapp zwei Wochen später durch die Nordwoche ersetzt, die bereits zweieinhalb Jahre später ihr Erscheinen wieder einstellen muss. Mit dem Niedergang der Nordwoche geht eine lange Tradition sozialdemokratischer Publizistik in Schleswig-Holstein endgültig zu Ende.

Der gebürtige Kieler tritt im Mai 1946 in die SPD ein. Steffen ist zu diesem Zeitpunkt 23 Jahre alt und Student an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel. Während der Studienzeit ist er ebenfalls Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, organisiert Arbeiterbildungskurse und hält Vorträge an Volkshochschulen.

Im Mai 1965 wird Jochen Steffen auf dem Landesparteitag in Travemünde zum Landesvorsitzenden

der Sozialdemokraten gewählt. Ein Jahr später übernimmt er das Amt des Fraktionsvorsitzenden der SPD und wird somit Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag. Steffens Ziele decken sich mit denen der Jungsozialisten, die ihrerseits von einem nicht unerheblichen Teil von ihm geprägt werden: „Antikapitalistische Reformen“ sollen die Gesellschaft wandeln, die Wirtschaft soll demokratisiert werden.

Der „rote Jochen“ – wie er als Buhmann des Bürgerturns genannt wird – begreift sich selbst als Marxist, ist aber gleichzeitig ein konsequenter Antikommunist. Zweimal, 1967 und 1971, tritt er als Kandidat für das Amt des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten an. Bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl am 25. April 1971 muss die SPD eine Niederlage hinnehmen, obwohl sie erstmals seit 1947 wieder über 40 Prozent der Stimmen gewinnt.



Auch auf Bundesebene hinterlässt der schleswig-holsteinische Politiker markante Spuren: Ab 1968 ist Steffen für neun Jahre Mitglied des Bundesvorstandes der SPD. Zu Beginn der 70er Jahre nimmt er an den Beratungen der Kommission Langzeitprogramm teil und ab Juni 1973 agiert er als Vorsitzender der neu eingerichteten „Grundwerte“-Kommission, deren Aufgabe es ist, die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Sinne

aktueller sozialdemokratischer Programmarbeit mit Inhalt zu füllen und Wege zur Verwirklichung aufzeigen. Im Jahr 1973 beginnt mit der Aufgabe des Fraktionsvorsitzes Steffens langer Rückzug aus der Politik. Gründe für diesen Rückzug sind die angeschlagene Gesundheit des streitbaren Politikers und seine Unzufriedenheit mit dem politischen Kurs der SPD. Im Juni 1975 tritt Steffen auch vom politischen Kurs der SPD. Im Juni 1975 tritt Steffen auch vom politischen Kurs der SPD. Im Juni 1975 tritt Steffen auch vom politischen Kurs der SPD.

Kanzler Helmut Schmidt und Herbert Wehner. 1979 stellt Steffen resigniert fest, dass keine Politik für ein verbessertes Gleichgewicht zwischen „Mensch, Arbeit, Gesellschaft und Natur“ stattfindet. Noch im selben Jahr verlässt er die SPD.

Nach der Abkehr von der sozialdemokratischen Bewegung übt Steffen seine bereits zuvor praktizierte Kabarettisten-Tätigkeit stärker aus und feiert damit großen Erfolg. Mit Lesungen von Texten der Figur Kudli Schnöb, dem hinterlistigen Werftarbeiter mit Meinungen zur Weltpolitik und dem alltäglichen Leben, verfasst im norddeutschen „Missingsch“, hat er viele erfolgreiche Auftritte. 1978 wird er dafür sogar mit dem Deutschen Kleinkunstpreis ausgezeichnet.

Nach einer längeren Zeit der Krankheit stirbt Steffen wenige Tage nach seinem 65. Geburtstag am 27. September 1987 in Kiel.

Der Redakteur, Publizist und Kabarettist Steffen hat zeitlebens mit seinen Artikeln, Büchern und Texten Überzeugungsarbeit geleistet und seine Leser durch seine oft ironische Art zum Nachdenken gebracht. Zweifelsohne gehört Jochen Steffen, obwohl er nie Ministerpräsident wurde, zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der schleswig-holsteinischen Nachkriegsgeschichte.

Friederike Steiner

Macht und Rebel

Ist der Mann Rassist, oder tut er nur so? Gibt es in seinem Leben nur den weiblichen Hintern? Und wieso muss alles in einem riesigen, übertrieben unrealistischen Chaos enden, fragen sich wohl alle LeserInnen von „Macht und Rebel“, dem zweiten Werk des Norwegers Mattias Faldbakken.

Aber von vorne: Rebel ist Single, zwischen 25 und 33 Jahren und ist der Meinung, dass sein Leben ziemlich sinnlos ist, womit er wohl auch recht hat. Abundzu mal Sex, sehr viel Onanie und ein Hass auf alles, besonders auf Fatty, den König der Unterwelt, der ihm hin und wieder einen Job verschafft. Fatty organisiert Partys in Eisenbahntunnels, in Lagerhallen oder irgendwo im Nichts. Er ist, wie sein Name sagt, sehr fett und entwirft leidenschaftlich gerne Mode, die sich gegen den Mainstream

Macht ist ziemlich erfolgreich, allerdings ist nur schwer zu verstehen, was genau sein Beruf ist. Er findet nun Rebels Versionen von Hitlers Texten, was dazu führt, dass Rebel ihm einem äußerst komplizierten Job hilft.

Richard Kalhöfer



Wodrum es dabei geht wird an dieser Stelle nicht verraten, mensch kann sich aber auf einen pädophil-rassistischen Bandenkrieg einstellen, der keine Übertreibung auslöst!

Was der Autor mit diesem Buch vermitteln will bleibt unklar. Am ehesten ist es wohl eine Gesellschaftssatire.

Lachen kann man laut und wenn mensch mit sich selbst im reinen ist, sollte die Gefahr, Rebel in seinen Gedankengängen zuzustimmen sehr gering sein. Alles andere wäre fatal!

Jusos in deiner Umgebung

Altenholz und Umgebung Ansprechpartner: Sina Marie Weiß, sina.marie.weiss@gmx.de	Kronshagen Ansprechpartner: Lasse Mempel lassemempel@gmx.de
Bordesholm Ansprechpartner: Fabian Stegner fabianstegner@yahoo.de	Nortorf Ansprechpartner: Moritz Deutschmann ritzmo@jusos-rd-eck.de
Eckernförde Ansprechpartner: Torben Kűßner torbenkuessner@gmx.de	Rendsburg / Büdelsdorf / Umland Ansprechpartner: Marlon Kruse marlonkruse@spd-online.de
Gettorf und Umgebung Ansprechpartner: Gerrit Schulze gettorf@jusos-rd-eck.org	Kreisverband Ansprechpartner: Thomas Stegemann thomas@jusos-rd-eck.de



www.jusos-rd-eck.de

Knallhart nachgefragt bei ...

Ulf Daude

Alter: 36

Wohnort: Molfsee

schen so viele Dinge ermöglichen oder zugänglich machen.

Mit wem würdest du gerne einen Monat lang tauschen?

Mit meiner Tochter Carlotta – Essen, Schlafen, Spielen :-)

Was an dir selbst gefällt dir besonders gut, was sind deine Stärken?

Ich interessiere mich sehr für andere Menschen, lerne gerne dazu und stürze mich mit Schwung in gute Ideen.

Was an dir gefällt dir selbst nicht, was sind deine Schwächen?

Manchmal geht auch ein Gaul mit mir durch :-)

Was ist für dich eine Versuchung?

Eine Auszeit nehmen, einige Wochen in der Ostsee herumsegeln und den Göta Kanal auf eigenem Kiel erkunden.

Was willst du unbedingt einmal tun?

Fallschirmspringen (wenn der Mut dann einmal groß genug ist)

Die SPD bedeutet für dich:

Nette & engagierte Menschen, Kampf für Gerechtigkeit, politische Heimat



Deine Juso Vergangenheit:
 Kreisvorstand RD-Eck 2002-2003
 Kreisvorsitzender 2003-2006

Dein Lieblingszitat:

Wir können dem Wind nicht gebieten. Aber wir können die Segel setzen, das Ruder in die richtige Richtung legen und den Kurs halten.

Deine Botschaft an die Jusos RD-ECK:

Setzt euch weiterhin aktiv und kritisch in der SPD und in der Gesellschaft ein.

Die Realität ist die Zukunft der Leute von gestern. Euch gehört die Zukunft und sie muss schon heute gestaltet werden!

**SOME
PEOPLE
ARE GAY.**

**GET
OVER
IT!**

